



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion Neuhausen a.d.F.
Vorsitzender Dietmar Rothmund
Rupert-Mayer-Str. 20
73765 Neuhausen/F.

27.01.2026

Es gilt das gesprochene Wort !

Statement zu den notwendigen Einsparbeschlüssen

Liebe Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
werte Beigeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindeverwaltung,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Hacker,

„Kommunalpolitik ist nicht immer vergnügungssteuerpflichtig“ – das ist so ein Satz, den Erich Bolich gerne benutzt hat. Und selten hat er so gut gepasst wie heute.

Die Situation ist alles andere als einfach. Dies wurde schon mehrfach gesagt und geschrieben und gesendet. Es betrifft weder die Kommunen alleine noch unsere Gemeinde Neuhausen im Besonderen. Alle – Kommunen, Länder und auch viele Bürgerinnen und Bürger – stehen vor einer ungewissen Zeit. Mittel- bis längerfristige Planungen sind schwierig zu erstellen. Und ob sie sich dann umsetzen lassen, hängt von sehr vielen Unsicherheitsfaktoren ab.

Vor diesem Hintergrund mussten Verwaltung und Gemeinderat einen Haushaltsplan für das aktuelle Jahr aufstellen. Seit Herbst letzten Jahres arbeiten wir daran. Unser besonderes „Pech“ als Gemeinde: Dieser Haushalt muss höheren Ortes genehmigt werden. Eine unbegrenzte Schuldenaufnahme ist nicht möglich und Sondervermögen können wir ebenfalls nicht schaffen.

Wir haben nur wenige Möglichkeiten, diesen Haushalt ausgeglichen hinzukriegen, damit er – genau: genehmigungsfähig wird. Keine dieser Stellschrauben (obwohl es eher Schraubchen sind) wird gerne genutzt. Steuererhöhungen – ob die eingangs erwähnte Vergnügungssteuer oder auch Grundsteuerhebesätze – macht niemand gerne. Auch das Streichen von Zuschüssen für Vereine und Vergünstigungen der eigenen Beschäftigten verbreitet nicht gerade Hochgefühle unter denen, die sie veranlassen müssen. Und die außerplanmäßige Erhöhung von Kindergartenbeiträgen ist – gerade bei uns Sozialdemokraten – mehr als unbeliebt. Wir wissen durchaus um die Belastungen der Eltern und wir verstehen ihren Unmut. Aber diese Erhöhungen sind nur ein Teil des Sparkonzepts. Wir haben uns das weder „gezielt“ herausgesucht (wie es im Elternschreiben hieß) noch sind die Eltern die einzige betroffene Gruppe. Erlaubt sei hier ein Hinweis: Wir von der SPD fordern ja gemeinsam mit unserem Landesverband schon seit längerem die Beitragsfreiheit der Kindergärten. Und nun will zumindest auch die CDU auf Landesebene dies ermöglichen. Mal schauen, was die Wahl im März ergibt ...

Ein Wort noch zur Erhöhung der Grundsteuerhebesätze: Auch dieses machen wir nicht mit Freuden. Viele Grundstücksbesitzer werden das an ihre Mieterinnen und Mieter weitergeben. Anderen steht diese Art der Refinanzierung nicht offen. Aber auch hier gilt: es geht nicht anders.

Ein genehmigungsfähiger Haushalt ist jedoch kein Selbstzweck. Wir wollen und müssen verhindern, dass uns ein Haushaltskommissar vor die Nase gesetzt wird. Wenn wir also auch morgen und übermorgen noch selbst über die Zukunft unseres Ortes entscheiden wollen, müssen wir heute bereit sein, unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Das ist niemandem leichtgefallen. Jede Seite musste Kröten schlucken. Und doch haben sich- na ja: fast - alle auf das hier und heute vorgelegte Paket geeinigt. Und wir alle hoffen sehr, dass sich die allgemeine Lage bald bessert. Hoffentlich finden Land und Bund bald ein besseres Finanzierungskonzept für die kommunale Ebene. Ein Beispiel hierfür wäre eine Reform der Gewerbesteuer. Oder wussten alle hier im Raum, dass Betriebe ihre Gewerbesteuer 2 Jahre rückwärts anpassen können? Meist wird dies genutzt, um Geld zurückzufordern. Geld, das die Gemeinde schon längst ausgegeben hat.

Eine Schlussbemerkung noch: Unser Gemeinwesen lebt davon, dass sich zwischen unterschiedlichen politischen Positionen Räume demokratischer Verständigung öffnen. Zuspruch und Anerkennung für die Demokratie entstehen, indem man Vorschläge für die Lösung gegenwärtiger und zukünftiger Probleme unterbreitet – und dann dafür streitet. Demokratie ist keine Veranstaltung, in der vor allem über vergangene Taten geurteilt wird.